

! STANDPUNKT

TUMPEL: REGIERUNG MUSS DEN ARBEITSMARKT BEI DER EU-ERWEITERUNG SCHÜTZEN

Ein „Österreich-Paket“, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht die Verlierer der EU-Erweiterung sind, verlangt AK Präsident Herbert Tumpel von der Regierung. Weil in Österreich so viele Menschen wie noch nie Arbeit suchen, verlangt die AK, dass der heimische Arbeitsmarkt bei der Erweiterung geschützt wird. Zusätzlich muss die Regierung mehr in die Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer investieren und Schiene und Straße, vor allem in die Erweiterungsländer, rasch ausbauen, damit Österreich nach der Erweiterung nicht im Verkehr erstickt. „Die Erweiterung kann nur klappen, wenn sie gut vorbereitet ist und für alle fair abläuft“, sagt AK Präsident Tumpel, „das verlange ich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von der Regierung!“



WIEN

AK FORDERT „ÖSTERREICH-PAKET“ FÜR DIE ERWEITERUNG

Sieben von zehn Österreichern sagen, dass mit der EU-Osterweiterung auch viele Probleme auf Österreich zukommen werden – sie haben Recht. Viele Arbeitsplätze werden unsicher, der Druck auf dem Arbeitsmarkt wird größer, der Schwerverkehr auf den Straßen wird ganz drastisch ansteigen.

Die Regierung will davon nur wenig hören. Sie redet lieber von den Chancen der Erweiterung, vor den Risiken der Erweiterung macht die Regierung die Augen zu! Es wird schon gutgehen, ist das Motto der Regierung. Die Osterweiterung ist aber kein Experiment, bei dem man gespannt schaut, was rauskommt. Die EU-Erweiterung muss gut vorbereitet werden. Und dafür macht die Regierung zu wenig.

Damit nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Verlierer der Erweiterung werden, fordert die AK ein „Österreich-Paket“ für die EU-Osterweiterung. Wir brauchen ganz dringend:

- Schutz für den Arbeitsmarkt – durch eine Übergangsfrist, die hält, durch einen Stopp der so genannten Beschäftigungsabkommen, durch harte und konsequente Strafen gegen organisierte Schwarzunternehmer.
- Mehr Geld für die Bildung – die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht darauf.
- Den raschen Ausbau von Schiene und Straße – damit Österreich nach der Erweiterung nicht im Lkw-Verkehr erstickt.
- Eine Regierung, die in Brüssel darauf schaut, dass die österreichischen Interessen nicht unter die Räder kommen.

Die Erweiterung kann nur klappen, wenn sie für alle fair

abläuft. Es kann nicht sein, dass einige wenige gewinnen und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen drauf. Die AK will gute Chancen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch im neuen Europa.

DIE REGIERUNG MUSS ÖSTERREICHISCHE ARBEITSPLÄTZE SCHÜTZEN

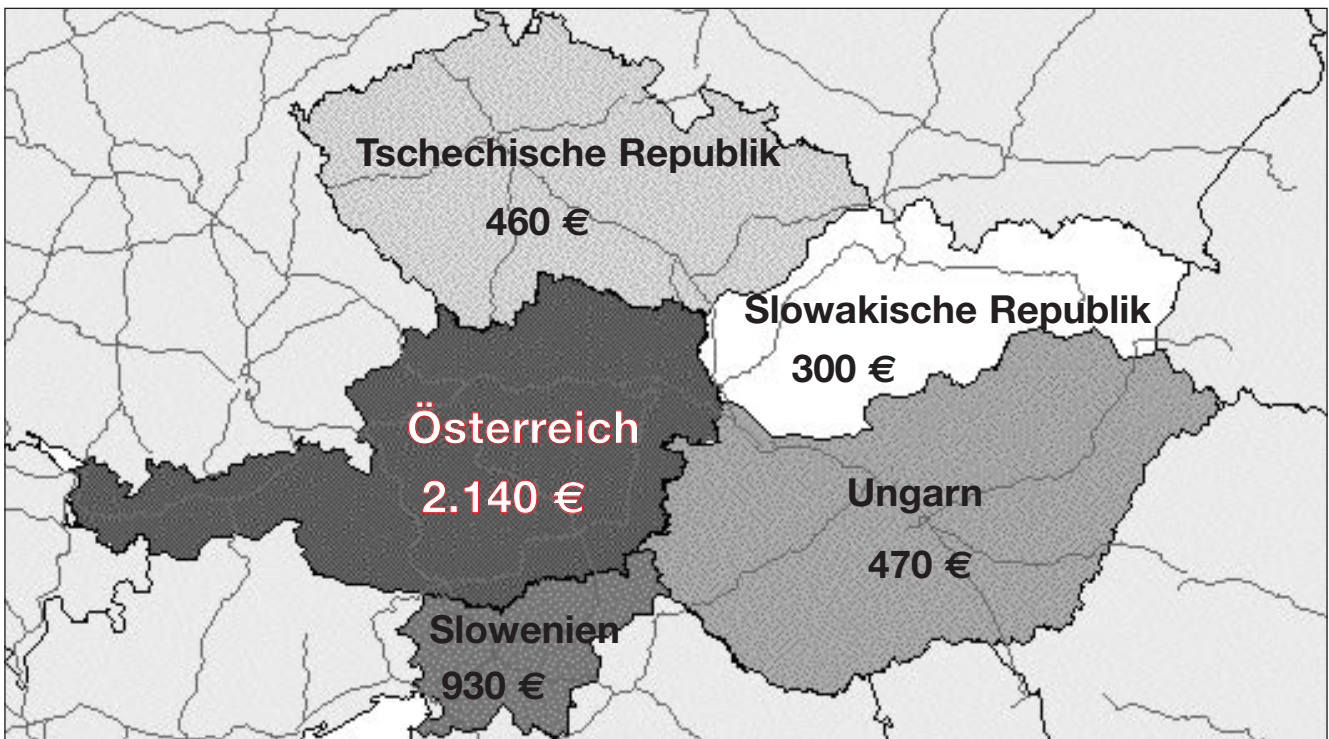
Am 1. Mai treten zehn neue Länder der EU bei. In vielen dieser Länder ist die Arbeitslosigkeit sehr hoch. In der Slowakei sind 18 Prozent arbeitslos, in Polen 20 Prozent. Bei den Jungen hat jeder Dritte keine Arbeit – und die Arbeitslosigkeit wird weiter steigen.

Viele wollen dann in der EU Arbeit suchen, auch in Österreich. Weil sie bei uns viel mehr verdienen können. Arbeiterkammer und Gewerkschaften haben daher Übergangsfristen durchgesetzt, zum Schutz für den Arbeitsmarkt. Bis auf Irland haben alle Länder der EU jetzt auch solche Übergangsfristen beschlossen, damit nicht jeder der will, auch automatisch arbeiten kommen kann.

Diese Übergangsfrist ist höchstens sieben Jahre lang – sie ist notwendig und sie muss halten! Viele Unternehmer, aber auch Regierungsmitglieder meinen aber jetzt, dass der österreichische Arbeitsmarkt diesen Schutz nicht braucht. Der Anreiz, in Österreich zu arbeiten, ist nicht so groß, heißt es. Viele Studien zeigen, dass das nicht stimmt. Die Lohnunterschiede sind groß und sie werden es noch lange bleiben.

AK Präsident Herbert Tumpel: „Wer etwa von Bratislava nur 66 Kilometer nach Wien pendelt, kann sein Gehalt versechsfachen. Diese großen Einkommensunterschiede wird's noch viele Jahre geben. Es stimmt daher nicht, dass ohnehin niemand in Öster-

Die Lohnunterschiede zu den Beitrittsländern sind groß und werden es noch lange bleiben



Deutlich mehr Einkommen in Tagespendlerdistanz

Von	Nach	Region	Straßenkilometer
Bratislavsky	Wien	Bratislavsky kraj	66
Trnava	Wien	Trnavsky kraj	120
Győr	Wien	Gyor-Moson-Sopron	130
Brno	Wien	Jihomoravsky	130
Szombathely	Wien	Vas	170
Maribor	Graz	Podravska	70
Budweis	Linz	Jihocesky	100
Krajn	Klagenfurt	Gorenjska	56

reich Arbeit suchen wird. Der Anreiz, in Österreich zu arbeiten ist groß. Ich verlange von der Regierung den bestmöglichen Schutz für den österreichischen Arbeitsmarkt.“

AK verlangt Stopp für Grenzgänger-, Praktikanten- und Beschäftigungsabkommen

Die AK verlangt auch, dass die Regierung nicht noch mehr Grenzgänger, Praktikanten und Saisoniers ins Land holt. Jetzt gibt es solche Abkommen nur mit Ungarn – mehr als 3.200 Ungarn arbeiten so in Österreich. Die Regierung hat aber weitere solcher Abkommen mit Polen, Tschechien, Slowenien und der Slowakei angekündigt – und teilweise schon unterschrittsreif in der Schreibtischlade. Dann könnten in den nächsten zwei Jahren bis zu 23.000 Arbeitnehmer zusätzlich nach Österreich arbeiten kommen. Und das, obwohl noch nie so viele Menschen in Österreich Arbeit gesucht haben, wie jetzt.

AK Präsident Herbert Tumpel: „Wir hatten im Vorjahr im Durchschnitt 280.000 Arbeitsuchende – so viele wie noch nie und heuer wird's noch schlimmer. Wir haben jetzt schon zu viele Praktikanten und ungarische Grenzgänger, die nicht, wie erlaubt, nur im Burgenland arbeiten, sondern für österreichische Frächter als billige Lkw-Lenker quer durch ganz Europa fahren – ich verlange von der Regierung einen Stopp für solche ‚Beschäftigungsabkommen‘.“

AK verlangt: Schwarzunternehmern das Handwerk legen

Nach dem 1. Mai können die neuen EU-Bürger in Österreich wohnen, auch wenn sie hier noch nicht arbeiten dürfen. Sie sind willkommener „Nachschub“ für organisierte, illegale Schwarzunternehmer, die die Arbeitnehmer und den Staat jedes Jahr um viele hundert Millionen Euro betrügen. Sie zahlen keinen Lohn und keine Beiträge für die Krankenkassen. Allein der Wiener Gebietskrankenkasse entgehen so, nur von der Bauwirtschaft, 164 Millionen Euro an Beiträgen – Geld, das für das Gesundheitssystem dringend fehlt.

AK Präsident Herbert Tumpel: „Das sind keine einzelnen schwarzen Schafe. Das ist groß angelegter Betrug. Diesen organisierten illegalen Schwarzunternehmern muss die Regierung endlich das Handwerk legen.“

AK verlangt: Schluss mit dem Steuerwettlauf

Die Erweiterungsländer haben bei den Steuern für Unternehmen einen Wettlauf nach unten begonnen. Sie überbieten sich mit immer niedrigeren Steuern. Das Geld dazu bekommen sie aus den Brüsseler-Fonds, in die Nettozahler wie Österreich hunderte Millionen einzahlen. Neben extrem niedrigen Arbeitskosten und extrem niedrigen Löhnen wollen die Beitrittsländer auch mit niedrigen Steuern heimische Betriebe oder große Konzerne mit Sitz in Österreich zum Abwandern bringen. Deutschland befürchtet, so in den nächsten zehn Jahren 450.000 Arbeitsplätze zu verlieren.

AK Präsident Herbert Tumpel: „Ich bin dafür, dass die Beitrittsländer Hilfe bekommen. Wenn sie schnell den Anschluss schaffen, ist das für uns alle gut. Aber es kann nicht sein, dass mit dem Geld aus Brüssel ein solcher Steuerwettlauf nach unten losgetreten wird. Das ist ein unfairer Wettbewerb, der die Abwanderung von Betrieben beschleunigt und zigtausende Arbeitsplätze kosten kann. Die Regierung muss alles tun, damit dieser Steuerwettlauf nach unten gestoppt wird.“

DIE REGIERUNG MUSS MEHR FÜR DIE BILDUNG TUN

Die Regierung hat Unrecht, wenn sie so tut, als wollen nur einige wenige, schlecht ausgebildete Arbeitnehmer aus den Erweiterungsländern in Österreich Arbeit suchen und höchstens den Kollegen am Bau Konkurrenz machen. Es sind vor allem junge, gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in Österreich arbeiten wollen – und zwar in allen Branchen.

- In den Erweiterungsländern gibt es mehr Junge mit einer abgeschlossenen Lehre, einer Matura oder einer abgeschlossenen berufsbildenden mittleren oder höheren Schule als in Österreich.
- In den Erweiterungsländern gibt es mehr Naturwissenschaftler und Techniker als in Österreich.
- Die Erweiterungsländer tun viel mehr für die Weiterbildung.

AK Präsident Herbert Tumpel: „Bei der Bildung haben die Beitrittsländer schon die meisten Hausaufgaben gemacht – ich fordere, dass die österreichische Regierung auch endlich die Ärmel aufkrempelt und mehr für die Aus- und Weiterbildung tut.“

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien,
Herausgeber, Verleger: Kammer für Arbeiter und
Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22,
Redaktion: Abt. IF
FAX 501 65 2242, Internet: <http://www.akwien.at>
E-Mail: akmailbox@akwien.at
Verlags- und Herstellort: Wien

Die AK verlangt daher ein 200-Millionen-Euro-Paket für die Bildung: Damit die Jungen, die keine Lehrstelle finden können, einen sicheren Platz im Auffangnetz für die Jugendausbildung haben. Damit es endlich genug Plätze an den höheren technischen Schulen gibt. Damit alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Chancen zur Weiterbildung haben.

DIE REGIERUNG MUSS DIE VERKEHRSLAWINE STOPPEN

Alle Verkehrsexperten sind sich einig: Mit der EU-Erweiterung wird der Schwerverkehr auf Österreichs Straßen dramatisch ansteigen – es werden sechsmal so viel Lkw-Gütertransporte auf Österreichs Straßen unterwegs sein wie 1994. Das bedeutet: noch mehr Unfälle, noch mehr Abgase, noch mehr Staus, noch weniger Zeit, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrer Familien, ihren Freunden verbringen können, weil die Arbeitswege immer länger werden.

AK Präsident Herbert Tumpel: „Die Regierung hat in Brüssel den Kampf um den Transitvertrag verloren. Österreich kann nicht mehr bestimmen, wie viele Lkw durchs Land fahren dürfen. Wenn das so weitergeht, hat mit der Erweiterung jeder den Brenner vor der eigenen Haustür. Ich verlange, dass die Regierung Straßen und Schienenverbindungen in die Erweiterungsländer jetzt baut und sich für eine EU-weite Verkehrspolitik stark macht.“

Damit Österreich nach der Erweiterung nicht im Verkehr erstickt, verlangt die AK Vorrang für den Ausbau von Schiene und Straße: Dazu gehören die Strecken Linz-Budweis-Prag, die Verbesserung der Verbindung Wien-Bratislava, die Modernisierung der Nordbahn, der zweigleisige Ausbau Graz-Spielberg-Marburg und der Ausbau der Strecke Villach-Jesenice.

VIER AK FORDERUNGEN FÜR EINE FAIRE ERWEITERUNG

Die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfen nicht die Verlierer der EU-Erweiterung werden. Daher verlangt AK Präsident Herbert Tumpel von der Regierung ein „Österreich-Paket“ für die Erweiterung.

1. Mehr Schutz für den österreichischen Arbeitsmarkt

Arbeiterkammer und Gewerkschaften haben durchge-

setzt, dass es für den österreichischen Arbeitsmarkt eine 7-jährige Übergangsfrist gibt. In dieser Zeit soll Österreich selbst entscheiden können, wer im Land arbeiten kann. Diese Schutzfrist darf die Regierung jetzt nicht vorzeitig und leichtfertig verkürzen und aufweichen. So lange so viele Menschen in Österreich Arbeit suchen, darf die Regierung nicht noch mehr Grenzgänger, Praktikanten und Saisoniers ins Land holen, nur weil die Unternehmer billige Arbeitskräfte wollen.

Organisierte Schwarzunternehmer betrügen die Arbeitnehmer und den Staat jedes Jahr um viele hundert Millionen Euro. Ihnen muss die Regierung endlich das Handwerk legen, mit mehr Kontrollen und wirksamen Strafen.

2. Ein 200-Millionen-Euro Bildungspaket

65.000 junge Mädchen und Burschen haben keine Arbeit und machen auch keine Ausbildung. Zehntausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wollen sich weiterbilden, bekommen aber keine Chance. Mit der EU-Erweiterung kommen aber viele gut Ausgebildete nach Österreich – die Erweiterungsländer haben bei der Bildung ihre Hausaufgaben gemacht. Die AK fordert daher von der Regierung ein 200-Millionen-Euro-Bildungspaket, für mehr Schulplätze, mehr Lehrstellen und damit alle bei der Weiterbildung zum Zug kommen.

3. Mehr Geld für Straße und Schiene

Viele wichtige Eisenbahnprojekte in die Erweiterungsländer will die Regierung erst nach 2011 bauen. Das ist viel zu spät. Damit Österreich nach der Erweiterung nicht im Verkehr erstickt, muss die Regierung den Verkehrsausbau jetzt schon auf Schiene stellen.

4. In Brüssel auf Österreichs Interessen schauen

Die Regierung muss schnell Österreich auf die Erweiterung vorbereiten. Aber die Regierung muss auch in Brüssel dafür sorgen, dass die Interessen Österreichs bei der Erweiterung nicht unter die Räder kommen.

- Die Erweiterung darf kein finanzielles Fass ohne Boden werden: Die Regierung muss verhindern, dass Österreichs EU-Beitrag noch höher wird.
- Stopp für den Steuerwettbewerb: Wir brauchen Mindeststeuern für Unternehmer, die in ganz Europa gelten. Sonst wird der Steuerwettbewerb nach unten immer schlimmer und am Ende zahlen nur mehr die Arbeitnehmer den vollen Steuersatz.
- Auch im grenzenlosen Europa braucht der Lkw Verkehr Grenzen: Ohne Begrenzungen und EU-weite Regeln wird der Lkw-Verkehr ins Unerträgliche ansteigen. Die EU muss rasch die so genannte Wegekosten-Richtlinie beschließen – dann müssen Lkw, die Kosten, die sie verursachen, wenigstens selber zahlen.